

Solidarität

Nummer 128

Juli 2016

unsere Chance

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Die Bundespräsidentenwahl und die Folgen

Österreich nach der Wahl = vor der Wahl?



Dem Rechtsruck entgegenwirken!

Glaubt man der Medienberichterstattung, ist Österreich ein „gespaltenes Land“. Laut „Kronen Zeitung“ müsse man nun auf die „Hofer-Wähler“ zugehen. Und die anderen? Die Van der Bellen-Wähler, die Nicht-wähler? Was ist mit denen?

Von allen Wahlberechtigten haben jeweils rund 36% Hofer, 36% Van der Bellen und 28% Nichtwähler keinen von beiden gewählt.

Das heißt, **64% der Österreicherinnen und Österreicher haben nicht für die FP gestimmt.**

Selbst die meisten medialen Kommentatoren mussten zugestehen, dass ein erheblicher Teil vor allem aus Protest gegen die etablierte Politik gestimmt hat.

Ist Österreich ein Land voller Rechts-Wähler?

Nein! Rechts ist das politische und wirtschaftliche Establishment, Rechts ist nicht nur die FP-Führung, sondern auch die Spitzen von Schwarz und Rot machen rechte, neoliberale Politik. Rechts sind die Neo(s)liberalen, die Mateschitz's & Co., rechts ist die FP-Anbiederung von Landeshauptleuten, bis hin zu Partei- und Gewerkschaftsspitzen (Doskozil, Niessl, Muchitsch, Foglar usw.).

Bis heute erzählt man uns: Wenn du wählst, kannst du etwas entscheiden. In den 1950er und 60er Jahren lag die Wahlbeteiligung noch bei 80 bis 90% und mehr. Bis heute ist die Wahlbeteiligung oft auf 70 bis 60%, in Wien sogar darunter, gesunken. Kein Wunder!

Egal, was wir wählen,

wir sind die Angeschmierten und können uns „bestenfalls“ „grün“, „blau“, „rot“, „schwarz“, „pink“, „orange“ oder sonst was ärgern, wenn jeweils nach der Wahl nur gemacht wird, was den Herrschenden (Eliten, Kapitalisten, Establishment wie immer man das



benennen möchte) nützt – wobei die sich jeweils in „Opposition“ befindlichen Parteien oft schon in Parlament oder Wirtschaft Teil der Eliten sind. Sie alle da oben sind die Dauernutznießer, wechseln sich nur an den Futtertrögen der verschiedenen Gemeinde-, Landes- und Bundesvertretungen, bzw. Wirtschafts- und Industrieverbände ab – gegen uns da unten!

Nach jeder Wahl werden nicht die Karten an uns, sondern nur die Plätze an den Futtertrögen für die Etablierten und Emporkömmlinge aus allen Parteien wieder neu verteilt – wir hingegen sollen nur die A...-Karte ziehen – da sind sich alle „Vertreter“ (wir sind die „Vertretenen“ – wie bezeichnend!) –trotz allen Streitereien einig.

Die A...-Karte

Wir sollen bloß weiter brav und arbeitsam sein, kuschen und hackeln, vielleicht noch motzen, dann aber schlucken, wütend sein und immer diejenigen wählen, die gerade nicht am Futtertrog sind.

Das ist die Vorstellung von „Demokratie“, vom „Wechselspiel von Regierung und Opposition“, wie sich das die Herrschenden wün-

schen – Hauptsache für sie bleibt das Profitmachen garantiert.

Beim „Streit“ zwischen den Oberen geht es nur darum, wer beim Profitmachen der Kapitalisten, welcher der schwarzen, roten, blauen, grünen etc. Günstlinge willfährig ist und dies der arbeitenden Bevölkerung dann als „Demokratie“, „Fortschritt“ etc. verkaufen darf.

Wir sollen glauben und zitternd hoffen, dass bei dieser Profitabsicherung (die natürlich nicht so genannt wird, sondern „Standortsicherung“ usw.) ein paar Brosamen für uns abfallen.

Ja, in welcher Form? Von z.B. besser bezahlter Arbeit? Schmecks. Nein, bestenfalls bei Reallohn-Einbußen und erhöhten Arbeitsdruck doch noch einen Job haben zu dürfen. Dazu werden Bezieher von Mindestsicherung, Arbeitslose, Asylwerber, Moslems oder generell „Ausländer“, usw. als „unsere“ Gegner und Feinde im Kampf um den Arbeitsplatz aufgebaut, damit man die wirklichen Nutznießer – die Reichen und Super-reichen, die Konzernprofiteure, die Rüstungskonzerne, die Krisen- und Kriegsmacher, die Krisen- und Kriegsgewinnler – nicht sieht.

Wahlanfechtung

Nicht weil man die Bundespräsidentenwahl um 30.000 Stimmen verloren habe, sondern aus „demokratiepolitischer Verantwortung“ heraus, so F-Chef Strache, hätte man die Wahl angefochten.

Nun, was da mit den Briefwahlkarten auftrat, gab es leider schon früher, auch bei anderen Wahlen. Da hatte die F nichts dagegen, weil sie ja immer zulegte. Auch nach dem ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl, als Hofer vorne lag, gab es keine Überlegung zur Anfechtung. Jetzt aber schon?

So stellte sich schon in den ersten Ergebnissen der öffentlichen Anhörung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) heraus (unser Redaktionsschluss war am 27. Juni, vor Ende der Anhörung), dass alle Wahlbeisitzer in den beanstandeten Wahlbezirken, auch die Blauen, alles als „ordnungsgemäß“ beurkundeten. Jetzt aber sind genau diese blau-(äugigen) Wahlbeisitzer die „Zeugen“ der Unregelmäßigkeiten für die Wahlanfechtung.

Ganz klar, wir sind für ordnungsgemäße, korrekte Wahlabläufe, aber was hier betrieben wird, soll den Eindruck erwecken, dass bewusste Wahlfälschung, Wahlbetrug usw. systematisch geschehen sei. Das soll die FP als „die Guten“, die „Demokraten“, alle anderen – auch die in Summe 64% Nicht-Hofer-Wähler – als „die Bösen“, die „Undemokraten“ hinstellen oder diese zumindest zum Schweigen bringen.

Hoffnungen in Hofer und Strache?

Wenn sich jetzt die Rechten in der EU, die Strache gerade zusammen-trommelt, auf „direkte Demokratie“, auf „Volksabstimmungen“ trimmen und so tun, als würden die Rechten die „wahren Demokraten“ sein, dann können sie das nur machen, weil die Menschen weder bei Wahlen (siehe oben) noch im

Arbeitsleben etwas von echter Mitbestimmung geschweige denn von Selbstbestimmung erleben. Weil den Menschen jahrzehntlang durch die Praxis der Wirtschafts- und Politeliten – zu denen auch die FP gehört – vorgelebt wurde, dass man gegen „die da oben“ eh nichts ausrichten kann, sollen im Interesse der Eliten, denen auch die FP dient, allorts „starke Männer und Frauen“ für „direkte Demokratie“ sorgen? **Zuerst entmündigen, dann den Retter spielen.** So stellen sie sich das vor.

Bei der österreichischen EU-„Volksabstimmung“ 1994 haben ja auch Haider, Strache und Konsorten gelernt, wie man bei Gleichschaltung der Medien ein den Eliten genehmes Ergebnis bekommt. Daher weht der Wind der sich gerne so „volksnah“ gebenden FP-Etablierten. Wie die anderen, nur im neuen Gewand, will auch die F „mit dem Volk“ gegen das Volk“ regieren (schließlich ist Hofer ja schon jetzt als einer der Nationalratspräsidenten, als „zweiter Mann“ im Staat, einer der Etablierten des Establishments).

Wie gar nicht sozial die F ist, zeigt auch, dass die „soziale Heimatpartei“ F als Kandidatin für den Rechnungshof die Generalsekretärin des neoliberalen Hayek-Instituts, Barbara Kolm, nominierte. Sehr „sozial“!



Das geht hinein, weil auch die anderen Etablierten so tun, als würde im Parlament „nur für die Menschen“ gearbeitet und entschieden werden. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie wir immer wieder und auch in diesem Artikel beschrieben haben.

„Demokratiebegriff“ der Rechten: „Recht und Ordnung“

Die Rechten, FP-Strache, Doskozil, Kurz, Niessl, Sobotka usw. wollen für „Recht und Ordnung“ sorgen. Soll das heißen, dass wir unsere Überstunden bezahlt bekommen, dass wir überhaupt ein entsprechendes Gehalt bezahlt bekommen, dass wir überhaupt einen Job haben, dass wir nicht bloß prekär und ohne soziale Absicherung arbeiten müssen? Nein, das meinen diese Damen und Herren auf der Wirtschafts- und Politbühne nicht. **Sie meinen Recht und Ordnung für die Reichen und Superreichen.**



Wir sollen gegen den Nachbarn gehetzt werden, der ein paar Euro mehr hat, oder auf den gehetzt werden, der unverschuldet arbeitslos ist (was nicht schwere ist bei 50.000 offenen Stellen und 500.000 Arbeitslosen), aber als „Tachinierer“ hingestellt wird.

Politiker und Wirtschaftsbosse kürzen mit einem Federstrich Sozialleistungen, die in Summe vielleicht ein paar 100 Millionen Euro ausmachen, während sie gleichzeitig Banken und Konzernen Milliarden zuschieben und selbst weiter ihr fettes Monatsgehalt haben. Deren Monatsbezug macht

mindestens einen Jahresgehalt eines wenig Verdienenden, oder das Doppelte des durchschnittlichen Arbeitslosen-Bezuges eines ganzen Jahres aus. Bei sich selbst denken diese Damen und Herren, egal welcher Farbe sie sind, nicht ans Kürzen.

Hoffnungsträger Kern?

Einen neuen politischen Stil versprach der neue Bundeskanzler und SP-Chef und sparte auch an der „alten“ SP-Riege nicht mit Kritik. Völlig berechtigt

Maschinensteuer, Arbeitszeitverkürzung, weil durch Digitalisierung und Automatisierung die klassischen Arbeitsplätze ausgehen ... so oder ähnlich und mehr klangen die ersten Ansagen. Tatsächlich kann es für die arbeitenden Menschen im Kapitalismus (Neoliberalismus) so nicht weitergehen. Das wissen alle, von der Gewerkschaft bis zu internationalen Institutionen wie der OECD, die schon vor einigen Jahren (noch vor dem durch Bomben, Terror und Krieg der Konzerne und Großmächte verursachten Flüchtlingsdrama) vor großen sozialen Unruhen warnte wenn so eine „Sparpolitik“ auf Kosten der Masse der Bevölkerungen weitergefahren werde.



„Yes we Kern“?

Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. Denn das würde eine wirkliche Umkehr bedeuten müssen, die Reichen müssten zumindest für die Menschen spürbar in die Schranken gewiesen werden.

Die ersten Reaktionen von Vertretern Wirtschaftskammer und von Industriellenvereinigung waren „Njet“. Und Kern selbst hat schon relativiert, dass ja eine Arbeitszeitverkürzung nicht automatisch Lohnausgleich (geschweige Personalausgleich damit der Stress weniger wird) bedeute.

Wenn es die neue SPÖ-Führung wirklich will und sich auf die Bevölkerung stützt, dann könnte sie es z.B. bei TTIP gleich beweisen. Da ja angeblich die FP und auch so manche VP-ler und Teile des Handels das ja ablehnen, könnte die SP ja eine Volksabstimmung zu TTIP machen. Wir sind sicher, dass eine Volksabstimmung zu solch einem Thema weit mehr als 64% Zustimmung erzielen würde.

Erkenntnisse

Es bleibt dabei, was wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus den vergangenen Jahrzehnten erkannt haben und uns auch in großen Gegensatz zu den Gewerkschaftsspitzen brachte und bringt: Den Rechten, der FP, dem Neoliberalismus, kann man nicht entgegenwirken, indem man z.B. den Neoliberalismus übernimmt und selbst zum Programm erklärt wie Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann und jetzt Kern, auch wenn dessen Sprache anders klingt. Damit folgen sie ihren Vorbildern Tony Blair, Gerhard Schröder und Matteo Renzi, gestehen der ÖVP alles zu, um in der Koalition zu bleiben, oder koalieren wegen des Machterhalts mit der FP.

Wenn wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter das wirtschaftliche und politische System des Establishments kritisieren, ablehnen und bekämpfen dann deshalb,

- weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat für die Menschen immer unerträglicher, ja immer tödlicher wird – siehe Atom- und Klimakatastrophen, Wirtschaftskrise, Sozial- und Demokratieabbau, siehe Kriegs- und Flüchtlings-

elend infolge der Kriege der Konzerne und Großmächte

- weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat aus „Regierung und Opposition“ mit Demokratie- und Sozialabbau, mit Überwachungsstaat gegenüber der einfachen Bevölkerung und Nicht-Verfolgung rechter Hetzer und Straftaten, Nicht-Verfolgung von Steuerhinterziehung, Nicht-Verfolgung von Spekulations- und Profitmacherei in Milliarden- und Abermilliardenhöhe, die Gesundheits- und Lebensgrundlagen der Masse der Bevölkerung zerstört
- weil die in Medien und Sonntagsreden hochgehaltene Demokratie von den Eliten selbst mit Füßen getreten wird
- weil die FP-Opposition als Teil des „Systems“ noch mehr vom Schlechten ist. Wer hat die Pensionskürzungen, den Sozialabbau, den Ausverkauf österreichischer Betriebe, der ganzen Verstaatlichten zu verantworten? Schwarz-Blau! Sie machten die Kapitalisten noch fetter, die Bevölkerung noch ärmer, lenkten den Unmut auf Arbeitslose, auf Bezieher von Mindestsicherung, ausländische Arbeitskräfte, Asylwerber usw. Sie kassierten selbst bis zum Umfallen ab, hinterließen das 24-Euro-Milliarden-Grab der Hypo-Alpe-Adria den Steuerzahlern und sind bis heute in jahrelange Korruptionsprozesse bei Gericht verwickelt!
- weil die SP- und Gewerkschaftsspitzen von all diesen Belastungen und Ungeheuerlichkeiten nichts zurückgenommen haben!

Es gilt mehr denn je:

Lassen wir uns kein X für ein U vormachen. Zeigen wir ihnen die rote Karte – im wahrsten Sinne des Wortes, im Sinne von Solidarität und gemeinsamen Widerstand.

Sicherheitsbürger



Erinnerungen an den Blockwart *

In der Linzer Tages-Post vom 28. Oktober 1939 wird in einem Artikel über die aufopfernde Arbeit eines Blockwartes berichtet. Dort heißt es: „Einer der im stillen arbeitet, emsig und unermüdlich. Er ist eben da, er kommt regelmäßig wie Anfang und Ende des Monats“.

Zusammen mit den ihm unterstellten, weisungspflichtigen Hauswarten hatte er bis zu 130 Personen in Evidenz zu führen, d.h. zu bespitzeln und vernadern. Die Blockwarte arbeiteten als Hilfspolizisten der Gestapo zu und waren persönlich auf Adolf Hitler vereidigt. Sie mussten ihre arische Abstammung bis ins Jahr 1800 nachweisen. Die Helfer, „Hauswarte“, mussten nicht der NSDAP angehören, jedoch „politisch zuverlässig und arischen Blutes“ sein und wurden vom Ortsgruppenleiter berufen. Als „verstärkte Sicherungsmaßnahme gegen Ausländer“ hatten die Blockwarte auch nächtliche Streifendienste abzuleisten. „Auch das Winterhilfswerk (WHW) stellt an den Blockwart seine Anforderungen. Da muss er die Bedürftigen aus seinem Block herausuchen und nachsehen, ob wo Kranke Hilfe brauchen, muss Antragsbogen ausfüllen und muss überprüfen, ob die Bedürftigkeit auch wirklich vorhanden ist.“ so in der Linzer Tages-Post. Das Winter-

hilfswerk war eine Stiftung öffentlichen Rechts, die Sach- und Geldspenden sammelte und damit bedürftige „Volksgenossen“ unterstützte. Das Spendenaufkommen übertraf 1939/40 die Summe, die aus Steuermitteln für öffentliche Fürsorgeverbände aufgebracht wurde. Ein riesiger Teil der staatlichen Sozialausgaben wurde damit durch Spenden der Bevölkerung bestritten.

Zusammengefasst heißt es in der Linzer Tages-Post: „Blockwart zu sein ist also nicht einfach. Und wenn man bedenkt, dass es oft Männer sind, die acht Stunden und mehr im Büro arbeiten, oder Frauen, die einen umfangreichen Haushalt zu führen haben, so kann man den Einsatz würdigen, den diese Menschen bringen, still, aber unermüdlich.“

Laut einer Parteistatistik von 1935 gehörten nur 23% der Blockwarte der Arbeiterschaft an, während 70% den Mittelschichten zuzurechnen waren.

Innenministerium: Pilotprojekt „Community Policing“

Wenn man nun die Strukturen des für Graz, Eisenstadt, Mödling und Schärding vorgesehenen „Sicherheitskonzepts“ betrachtet, so kann man Parallelen mit vergangenen autoritären Zeiten nicht übersehen. Polizei, Gemeinde und Aufsichtsorgane in der Bevölkerung sollen da vernetzt werden. Von der Gemeinde wird ein „Sicherheitsgemeinderat“ beauftragt und in der Bevölkerung sollen „Sicherheitsbürger“, die sich freiwillig melden können in die Polizeiarbeit eingebunden werden und gemeinsam mit eigenen „Community Polizisten“ die Bevölkerung „betreuen“. Zusätzlich sind „Community-Referenten“ vorgesehen, die als Bindeglieder zwischen Polizisten, Präventionsbediensteten des Innenministeriums (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, bis 2002 die StaPo) und „Sicherheitsbürgern“ auf Bezirksebene fungieren sollen. Vom „Blockwart“, über den „Ortsgruppenleiter“, die Polizei und die GeStaPo wären hier alle Strukturen

entsprechend dem dritten Reich wieder vorhanden.

Da ohnehin auch starke Tendenzen bestehen, die staatlichen Sozialausgaben aus Spendengeldern zu bestreiten (Spenden für Flüchtlingshilfe an NGOs), könnte der Sicherheitsbürger auch die Aufgabe übernehmen, den Einsatz und die Höhe der Mindestsicherung zu überwachen und so gänzlich im Wirken als Blockwart aufblühen.

In einem Kommentar im „online Standard“ ist ironisch zu lesen: „Ich will Sicherheitsbürger werden. Die Ausrüstung hab ich schon. Tarnhose, Dobermann, Baseballschläger. Ich werd heute Abend mal auf Test-Patrouille gehen. Ein paar G'stalten einmal sicherheitsüberprüfen.“

Die Ausrüstung schreckte im dritten Reich manchen potenziellen Blockwart ab, die Uniform musste man nämlich selbst bezahlen und diese kostete 1939 ganze 60 Reichsmark, was einer heutigen Kaufkraft von etwa 420 € entspricht. Also der Dobermann geht sich damit nicht aus und muss wohl schon vorhanden sein.

Eines wird jedenfalls offenbar: **mit der Sicherheit der Bevölkerung hat dieses schon seit zwei Jahren, also schon vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“, vorbereitete Konzept nichts zu tun.** Es geht vielmehr heute, wie damals um eine umfassende Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung.

* Der Einfachheit halber wurde durchgehend, der in der Bevölkerung gebräuchliche, aber nicht offizielle Ausdruck „Blockwart“ verwendet. Offizielle Bezeichnungen waren Blockleiter, Blockwalter oder Politische Leiter.

Quellen, auch im Internet zu finden:

- 1) Tages-Post, Sonntagsblatt (Nr. 250/1939, 28. 10. 1939, S. 6.
- 2) Detlef Schmiechen-Ackermann: *Der „Blockwart“*, in: Vierteljahresshifte für Zeitgeschichte 48, 2000, Heft 4, S. 575–602
- 3) Der Blockleiter Wikipedia
- 4) Online Ausgaben von „Standard“ 22.-25.03-2016 und „Kurier“ 17.2.2016

BREXIT und Österreich

Mit 52% zu 48% (Beteiligung von 72%) stimmten die Briten für den EU-Austritt.

Wer muss sich fürchten?

Industrie, Banken und Konzerne und ihre verschiedenen nationalen Regierungen in der EU befürchten, dass der Brexit einen Dominoeffekt in anderen EU-Mitgliedstaaten auslösen könnte.

Tatsächlich haben die EU-Kapitalisten von den Banken über die Industrie bis hin zu den Rüstungs- und Kriegskonzernen, das meiste von so einer Entwicklung zu befürchten, denn für sie bedeutet die EU freier Waren- und Kapitalverkehr, d.h. grenzenloses Profitmachen mit zivilen und Rüstungsgütern. Das ist mit dem Brexit nun etwas eingeschränkt. Und es heizt die Konkurrenz zwischen Großbritannien und EU und zwischen EU und USA an. Auch das britische Kapital wird – wie das schweizerische oder norwegische Kapital, dessen Länder nicht in der EU sind – Wege und Mittel finden, auch ohne offizieller EU-Mitgliedschaft zu ihren Profiten zu kommen.

Wer sind die Leidtragenden

Die arbeitende Bevölkerung auf der Insel genauso wie anderswo in EU- und Euro-Europa, waren und sind die Leidtragenden. Wie schon mit den jeweils nationalen Budgets wird über das EU-Budget hin und her und vor allem zu Großkonzernen umverteilt. Gleichzeitig fasst die EU (Rat, Kommission, Parlament), direkt beeinflusst bzw. dirigiert von den großen Industrie- und Konzernlobbys in Brüssel, Beschlüsse und Gesetze, bzw. erlässt Verordnungen und Richtlinien, die dann zu 90% in jeweils nationales Recht umzusetzen sind, die die Liberalisierungen und Privatisierungen, den Sozial- und Demokratieabbau schneller vorantrieben als in den Jahrzehnten zuvor. Das alles auf Kosten der arbeitenden Menschen und zu Gunsten von Banken und Konzernen.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise war und ist die EU dazu da, die durch Spekulation entstandenen Billionen-Euro-Schulden der Banken, Versicherungen und Unternehmen mit Hilfe der EZB (Geldflutung, Niedrig-, Null- und Minuszinspolitik) den Staaten und damit den Steuerzahlern umzuhängen. Deshalb mussten Spanien, Portugal, Irland, Italien enorme „Sparprogramme“ schlucken. Deshalb auch gab es keinen Grexit – muss Griechenland so lange in der EU bleiben bis sich die v.a. deutschen, französischen, aber auch einige griechische Banken sowie Konzerne und Investoren an der griechischen Bevölkerung „sanieren“ haben werden: durch Rekordarbeitslosigkeit, Sozialabbau im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsbereich, durch Privatisierung und Ausverkauf von Industrie, Infrastruktur, Grund und Boden.

Was heißt das Nein der Briten?

Auch in anderen, dzt. nicht im Blickfeld stehenden EU-Ländern, ist die Kluft zwischen Reich und Arm, besonders seit den EU-Erweiterungen ab 1990, rapide größer geworden. Deshalb ist das NEIN der Briten viel mehr: ein Nein zu „denen da oben“, ein Nein zu immer mehr Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, ein Nein zu Milliarden-Atomförderung (Hinkley Point), zu Förderung von Rüstung und Krieg, zu Kriegsteilnahme statt Sozialpolitik, ein Nein zu Neoliberalismus und Kapitalismus.

Wer missbraucht das Nein zu Kapital und EU?

Während für die Kapitalisten die EU das Vehicel der Ausbeutung der Masse der Bevölkerung im Namen von Frieden und Demokratie ist, ist es für die Rechten das Vehicel den Unmut der Massen weg vom Neoliberalismus, weg vom Profitsystem hin auf die „Bürokraten in Brüssel“ zu lenken, die alles reglementieren, die Ausländer reinlassen, die so die heimischen Arbeiter und Angestellten arbeitslos machen

würden. Dabei steckt hinter der EU, den EU-Bürokraten, den EU-Institutionen, direkt oder indirekt das Kapital – Industrie, Banken, Konzerne mit ihren Lobbys.

Jüngstes Beispiel ist etwa, dass die EU das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das als Blaupause für TTIP gilt, ohne Zustimmung der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten unterschreiben will.

Zeittafel EU

Gründung 1. Januar 1958: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Westdeutschland
Erweiterung 1. Januar 1973: Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
Erweiterung 1. Januar 1981: Griechenland
Erweiterung 1. Januar 1986: Portugal, Spanien
Deutsche Wiedervereinigung 3. Oktober 1990: Ostdeutschland
Erweiterung 1. Januar 1995: Finnland, Österreich, Schweden
Erweiterung 1. Mai 2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern
Erweiterung 1. Januar 2007: Bulgarien, Rumänien
Erweiterung 1. Juli 2013: Kroatien
Beitrittskandidaten: Albanien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Türkei

Übles, abgekartetes Spiel ...

... mit verteilten Rollen zwischen Kapital und Politik – bislang oft mit Christ- und Sozialdemokratischen Parteien, jetzt zunehmend mit Rechten und Rechtsradikalen. Warum? Weil die bislang von Sozialdemokraten in Parteien und Gewerkschaften gepredigte Ideologie der (Sozial)Partnerschaft (also der nie erfolgte aber propagierte Ausgleich) zwischen Arbeit und Kapital durch das offensichtliche Auseinanderklaffen von reich und arm sich als Lüge entlarvt und das Kapital nicht mehr schützen kann.

Deshalb protegiert und zahlt das Kapital zunehmend Rechte und

Rechtsradikale. Die propagieren das Hinhalten auf den Nächsten, auf unseresgleichen – auf andere Arbeitende, weil Konkurrenten am Arbeitsmarkt, auf Arbeitslose, Bettler, Ausländer, Asylwerber, – um das Kapital vor den Unmut der Arbeitenden insgesamt zu schützen. Die Arbeitenden werden aufgespaltet und gegeneinander gehetzt. Die Kapitalisten reiben sich die Hände und scheffeln weiter durch Ausbeutung, Rüstung und Krieg.

Man sieht also, man muss kein Rechter sein, um gegen die EU der Banken und Konzerne sein zu können. Das ist eine Verunglimpfung des Protestes durch die EU-Betreiber in den Führungsetagen von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften. Das schützt und verschleiert die Nutznießer, die Kapitalisten, und treibt den Protest den Rechten erst so richtig in die Hände. Will man das stoppen, kann, darf, ja muss man sogar als kritischer Mensch, als Linker, die Hintergründe aufzeigen, diese EU des Kapitals ablehnen.

In dieser Situation wäre es Aufgabe der ursprünglichen Vertretungen der Arbeitenden zum gemeinsam Kampf gegen das Kapital zu organisieren – nicht bloß zu protestieren. Doch die Spitzen der Gewerkschaften haben das verlernt, sind sozialpartnerschaftlich verseucht. So sind sie – weil auf Erfolge nur im Verhandlungswege angewiesen – in der Geiselhaft der Unternehmer.

Wollen wir erfolgreich sein, werden die Mitglieder und die noch Unorganisierten erstens neu zusammenfinden, zweitens sich ihren Einfluss in den Gewerkschaften wieder zurückholen und/oder drittens sie neu organisieren müssen, damit das geschieht, was den arbeitenden Menschen nützt.

Brexit und EU

Wenn Großbritannien aus der EU scheidet, stärkt das die wirtschaftliche und militärische Stellung Deutschlands in der EU noch mehr als bisher. Schon in den vergangenen Jahren hat Deutschland den Rest von Europa im Interesse seines Kapitals mehr oder weniger mit seinen Produkten niederexportiert. Dafür haben die deutschen Arbeitenden mit weniger Lohn und Gehalt mit Harz IV usw. gezahlt – und noch mehr die Bevölkerungen der südlichen EU-Länder.

Der Brexit wird auch die wirtschaftliche und militärische Konkurrenz zwischen den USA und der EU, insbesondere mit Deutschland, verschärfen, da Großbritannien einer der engsten Verbündeten der USA sowie NATO-Mitglied und Atommacht ist.

Auch die Beziehungen der EU, insbesondere Deutschlands zu Russland, werden noch mehr durch USA und Großbritannien kritisiert und bekämpft werden.

Das deutsche Kapital hat in zwei Weltkriegen, mit Diktatur und Faschismus, unendlich viel Leid und Tod über die Welt gebracht. Deshalb wurde Deutschland mittels der „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Mon-

Hier bitte
wieder den
Koupon
wie üblich
mit der
aktuellen
Nummer

128/16

tanunion) Anfang der 1950er Jahre, später dann durch EWG, EG, EU, Euro (Deutschland tritt dem Euro als Gegengeschäft zur Wiedervereinigung bei), Wirtschafts- Währungs- und Bankenunion, Rüstungs- und Kriegspolitik („Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, GASP) eingebunden, um die vorhersehbare Entwicklung zur größten Wirtschaftsmacht Europas zumindest unter Kontrolle zu halten. Als NATO-Mitglied hat Deutschland u.a. die größten Kontingente an US-Truppen stationiert. Deutschland wiederum macht sozusagen aus der Not (Einbindung) eine Tugend: Wenn schon begrenzte Souveränität, dann doch wenigsten mit der EU in der EU politisch, vor allem aber wirtschaftlich zu dominieren.

Die deutsche Kanzlerin Merkel hat schon angekündigt: der Brexit sei unumkehrbar und sie baue auf noch engere Kooperation der nunmehr EU-27 – weint also dem Brexit nicht nach. Das heißt, Deutschland wird noch mehr darauf setzen, als mächtigstes EU-Land seine Interessen mit Hilfe der EU durchzusetzen, d.h. die EU noch mehr „deutsch“ zu machen.

Brexit und Österreich

Was bedeutet das für Österreich? Kanzler Kern, der gleich in Berlin weilte, hat zum Brexit gesagt, „Europa wird an Bedeutung verlieren“ (Kurier, 25.6.2016). Tags zuvor lobte er die „untrennbare Geschichte“ und die „exzellente Nachbarschaft“ der beiden Länder („Kurier“ 24.6.2016).

Das lässt darauf schließen, dass Österreichs Herrschende, die schon den EU-Beitritt 1995 mit der Nähe zu und der wirtschaftlichen Verflochtenheit mit Deutschland und der tatsächlichen Bindung des Schillings an die D-Mark als notwendig argumentierten (es existierte vor dem Beitritt de facto eine Währungsunion mit der deutschen D-Mark), Österreich nach den Brexit noch enger an Deutschland binden werden.

Österreichs EU-Beitritt – siehe Ausverkauf vieler verstaatlichter Betriebe z.B. an Siemens usw. – war und ist ein neuer Anschluss an Deutschland unter EU-Schild. Das hat sich zuletzt bei der OMV gezeigt, dem wichtigsten österreichischen Energieerzeuger und -versorger: der jetzige deutscher Chef, Seele, kommt von einem deutschen OMV-Konkurrenten (einer BASF-Tochter). Der jüngste Deal mit Russland hat dazu geführt, dass die OMV nicht an Russland ausverkauft wurde, wie die Ablenkungspropaganda lautete, sondern in die deutsche Energiestrategie mit Russland eingegliedert wurde. So soll künftig das Gas über die von Deutschland mit Russland gebauten „North Stream“ nach Österreich kommen. Deutschland ist nunmehr der Verteiler von Russland-Gas in Europa, nicht mehr Österreich. Dafür dürfen wir noch an die deutschen Lieferanten zahlen. Und in Russland dürfen wir auf einem Gasfeld mit der deutschen BASF „zusammenarbeiten“. So stellen sich die deutschen Herren ihre EU vor: Partner als Hilfwillige und Zuarbeiter. Schon in der Flüchtlingstragödie war Österreich praktisch – auch nach dem Schwenk von Kerns Vorgänger Faymann – der Befehlsempfänger Merkl's, die auch keine Asylwerber mehr aufnehmen wollte und diese über Bayern nach Österreich zurückschieben ließ.

Öxit?

Der noch engere Anschluss an Deutschland ist der Grund, dass FP-Strache mit „Öxit“ noch zuwartet, muss er doch erst mit seinen deutschen Befehlsgebern absprechen wohin Deutschlands EU-Reise geht. Denn wenn Deutschland Österreich noch mehr „heim ins Reich“ haben will, dann wäre ein „Öxit“ für das deutsche Kapital und für Österreichs Zulieferkapitalisten schlecht. – mit denen will es sich Strache nicht verscherzen. Für das verehrte Wahlpublikum spielt er auf Österreich-„Heimat“ und lässt Hofer vom „Öxit“ faseln, könnte der doch damit bei einer allfälligen Wiederholung der BP-Wahl punkten, sonst eh nicht.

Dem widerspricht total unsere Neutralität, sie ist wichtiger denn je gegen die Rüstungs- und Kriegspolitik der EU und Deutschlands.

Broschüre: „Kriegstreiber am Werk“ - ein Medium gegen den Krieg!

Anhand einer Fülle von Fakten und Zitaten zeigt die Broschüre die Interessen und Pläne der Kriegstreiber auf. Sie bietet eine Menge an Material für Argumentation und Diskussion und hilft, gemeinsam gegen die Kriegstreiber und für die Neutralität Österreichs aufzutreten.

Bestellung unter: oesolkom@gmx.at

Einzelpreis: 4,80 € exkl. Porto

Ab 10 Stück: 3,- €/Stk. exkl. Porto

Konto: Empfänger: W. Leisch / ÖSK

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen. Bestellungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

**Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team**

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

**EmpfängerIn: W. Leisch,
Verwendungszweck: ÖSK, Spende**

BIC: OPSKATWW

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee,
Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen,
Stiftgasse 8, 1070 Wien

ZVR 188951949